

Sankt Augustin, 20.07.2026

Ministerin Feller setzt sich bewusst über Fachwissen hinweg und schwächt bestehende Strukturen

Der Landtag NRW hat in seiner Sitzung am 16.07.2026 das Vorhaben von Ministerin Dorothee Feller beschlossen, vorschulische Sprachförderkurse in Verantwortung der Grundschulen („ABC-Klassen“) verpflichtend einzuführen. Vorschulische Sprachförderung ist allerdings gesetzliche Aufgabe der Kindergärten und Kindertagesstätten (im Folgenden kurz: „Kitas“) und kommt in unterschiedlichen pädagogischen Formaten - je nach Bedarf - allen Kindern zugute. (vgl. § 19 KiBiz und § 36 Abs. 2 SchulG NRW)

Mit der Einführung von ABC-Klassen trifft Schulministerin Dorothee Feller eine bildungspolitische Entscheidung gegen die geschlossene Expertise der Fachwelt, und trägt dafür die volle politische Verantwortung. In der Anhörung des Ausschusses für Schule und Bildung hatten sich namhafte Fachverbände und sämtliche geladenen wissenschaftlichen Expertinnen und Experten klar gegen das Vorhaben in seiner jetzigen Form ausgesprochen. Dennoch wurde es unverändert beschlossen. Dies wiegt besonders schwer, weil die Ministerin nach der Anhörung öffentlich zugesichert hatte, die fachlichen Hinweise ernst zu nehmen. Der nun gefasste Beschluss zeigt: Diese Zusage wurde gebrochen. Die Expertise wurde bewusst ignoriert.

„Frau Feller hat die Fachwelt angehört, und sich dann entschieden, gegen sie zu handeln. Das ist kein Versehen, das ist politisches Kalkül auf Kosten der Kinder.“ stellt Anke Staar, Mitglied des Vorstandes von Gemeinsam Leben NRW fest.

Die Landesregierung möchte offenbar Handlungsfähigkeit beweisen, um den niederschmetternden Ergebnissen für NRW aus vergleichenden Schulleistungsstudien zu begegnen. Die Ursachen für die sich über die Jahre verschlechternden Ergebnisse bei der schulischen Bildung von jungen Menschen werden mit den sog. ABC-Klassen eher verstärkt. Beispiele:

- verstärkt wird eine ineffektive, weil nicht individualisierte Kompetenzvermittlung
- verstärkt wird der Glaube an eine effektive Unterrichtung von selektierten und dadurch scheinbar leistungshomogenen Lerngruppen.

Die unterzeichnenden Verbände stellen klar: Frühkindliche Sprachförderung ist absolut notwendig, weil eine ausreichende Sprachkompetenz für jedes Kind eine wichtige Voraussetzung für Lernerfolge und Schulabschlüsse darstellt. Die unterzeichnenden Verbände sehen den „game-changer“ jedoch eher in einer gemeinsamen Anstrengung des Schul- und des Familienministeriums eine Weiterentwicklung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) voranzutreiben, um Kitas strukturell und personell für genau diese Aufgabe zu stärken.

„Statt das KiBiz gezielt weiterzuentwickeln und die Kitas so auszustatten, dass Sprachförderung dort verlässlich und alltagsintegriert stattfinden kann, hat Frau Feller einen bildungspolitischen Irrweg konstruiert. „Das ist landespolitisches Versagen auf der strukturellen Ebene“ urteilt Bernd Kochanek von der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe NRW.

Die Entscheidung gegen eine systemische Stärkung der Kitas und für ein zusätzliches Fördermodell an Schulen ist aus Sicht der unterzeichnenden Verbände nicht nur ineffizient (hinsichtlich des notwendigen zusätzlichen Ressourceneinsatzes), sondern auch fachlich höchst fragwürdig. Hier wurde

sehenden Auges die Chance vertan, bestehende Strukturen nachhaltig zu verbessern – zugunsten eines isolierten und kurzfristig gedachten Modells.

Die zentralen Kritikpunkte sind eindeutig:

- Ein zusätzliches Parallelsystem wird geschaffen, statt Kitas über das KiBiz gezielt und nachhaltig zu stärken.
- Der massive Lehrkräftemangel wird politisch ausgeblendet: Über 1.600 benötigte Stellen sind unter den aktuellen Bedingungen nicht realistisch zu besetzen.
- Die fehlende abgestimmte Strategie zwischen Schul- und Familienministerium ist Ausdruck landespolitischer Fehlsteuerung.
- Kinder mit Förderbedarf werden frühzeitig etikettiert, stigmatisiert und faktisch vorsortiert.
- Das Konzept selektierter Lerngruppen im Vorschulalter widerspricht grundlegenden Prinzipien inklusiver Bildung.
- Familien werden zusätzlich belastet, statt unterstützt.
- Eine Sanktionslogik ersetzt Vertrauen durch Druck und Kontrolle.

Aus Sicht der unterzeichnenden Verbände handelt es sich um politisch motivierten Aktionismus auf Kosten der Kinder. Öffentliche Mittel werden in ein System gelenkt, dessen pädagogischer Nutzen nicht belegt ist, während gleichzeitig zentrale Blockaden im Bildungssystem ungelöst bleiben.

„Frau Feller trägt die Verantwortung für ein Vorhaben, das gegen fachliche Empfehlungen durchgesetzt wurde und gleichzeitig eine zentrale Reformchance im Kita-System ungenutzt lässt. Wer so handelt, handelt nicht vorausschauend, sondern fahrlässig.“ stellt Hinrich Pich, Vorsitzender der Landeselternkonferenz NRW fest.

Die unterzeichnenden Verbände fordern die Ministerin auf, den Kurs zu korrigieren und endlich den Schulterschluss mit der Fachpraxis zu suchen: durch eine konsequente Stärkung der Kitas über das KiBiz, alltagsintegrierte Sprachbildung, multiprofessionelle Teams und einen verlässlich gestalteten Übergang in die Grundschule.

Die unterzeichnenden Verbände

Anke Staar, Michael Rieder (Vorstand) Gemeinsam Leben, Gemeinsam Lernen – Der Inklusionsfachverband e.V. (GL NRW)

Bernd Kochanek (Vorsitzender) Landesarbeitsgemeinschaft SELBSTHILFE NRW e.V.

Hinrich Pich (Vorsitzender) Landeselternkonferenz NRW (LEK NRW)